

Hochschule? Gibt's das auch in gut?

Hochschulen sind Orte der Bildung und Forschung. Sie sind Orte, an denen gelernt und Zukunft beeinflusst wird. Sie müssen ein für alle Menschen zugänglicher Ort und ausreichend ausgestattet sein, um der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Studieren für alle

Hürden zum Studium abbauen! Die akademische Ausbildung soll von dem gewählten Schwerpunkt in der beruflichen Bildung abhängen. Ein Studium darf nicht dazu dienen, dass sich besser gestellte Gruppen eine privilegierte Stellung sichern und so Ungleichheit verfestigt wird. Jede gesellschaftsrelevante Arbeit verdient Anerkennung und jeder Mensch verdient einen Lohn, mit dem man gut leben kann. Zudem müssten Barrieren im Bildungssystem abgeschafft werden, damit Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, familiärer Situation sowie chronischen Krankheiten und Behinderungen die Wahl eines Studiums treffen und dieses erfolgreich abschließen können. Unser Bildungssystem ist nur auf dem Papier durchlässig und flexibel. Um den steifen Kreislauf zu durchbrechen, braucht es gerechte Umverteilung, aber es gibt bereits kleinere Maßnahmen, die die aktuelle Situation deutlich verbessern können. Wir fordern daher:

- Den flächendeckenden Ausbau einheitlicher günstiger Studierendentickets! Mobilität muss bezahlbar sein, ob auf dem Weg zur Universität, zum Einkaufen, nach Hause zu den Eltern oder auf eine Party. Perspektivisch fordern wir kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr für Studierende.
- Das Fortführen des bundesweit gültigen 9€-Tickets für den ÖPNV und den Regionalbahnverkehr. Bestehende, insbesondere umlagefinanzierte Semestertickets, die für weniger Geld in einem kleineren Gebiet gültig sind, sollen bestehen bleiben und das bundesweite Ticket dabei mit einer entsprechenden Zuzahlung erhältlich sein. Langfristig sollte der ÖPNV für alle Menschen kostenlos und ticketfrei sein.
- Mehr BAföG für alle! Der Fördersatz muss an den realen Bedarf angepasst werden. Das bedeutet: Freibeträge anheben und mindestens 150€ mehr Geld im ersten Schritt. Die Entwicklungen müssen mit einer regelmäßigen und automatischen Anpassung mit den Einkommens- und Inflationsentwicklungen Schritt halten. Damit aus sozialem Engagement keine finanziellen Nachteile entstehen, sollen Aufwandsentschädigungen

durch Ehrenämter nicht beim BAföG als Einkommen berechnet werden. Jede zulässige Studienform muss zum BAföG-Bezug berechtigen. Wir fordern ein elternunabhängiges BAföG und bei Bedarf Zuschüsse für Studierende aus ärmeren Elternhäusern.

- Druck rausnehmen! Die Höchstdauer der förderbaren Studienzeit soll pauschal um 2 Semester gehoben werden. In Regelstudienzeit werden nur knapp ein Drittel aller Abschlüsse geschafft. Zudem muss auch ein Orientierungsstudium förderfähig sein.
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen! Wir brauchen günstige Studierendenwohnheime, sozialen Wohnungsbau und Mietenstopp. Hier sind Studierendenwerke als tragende Organisationen von studentischen Wohnraum zentral. Auch wenn deren finanzielle Lage vor der Pandemie bereits nicht gut war, hat sich diese seitdem deutlich verschlechtert und sind nicht mehr in der Lage, wichtige und geplante Investitionen in Grundstücke und Gebäude zu tätigen. Teilweise ist die Finanzierung bereits begonnener Bauprojekte nicht mehr gesichert. Damit Studierendenwerke ihre soziale Rolle gerecht werden können, fordern wir eine ausreichende Finanzierung der Studierendenwerke, insbesondere zur Schaffung von Wohnraum.
- Alle Berufe anständig bezahlen! Die Aussicht auf das spätere Gehalt sollte weder von einem Beruf abschrecken noch studierte Berufe auf ein Podest heben. Jede gesellschaftsrelevante Arbeit verdient Anerkennung und jeder Mensch verdient einen Lohn, der mehr als nur zum bloßen Überleben reicht.
- Die unterschiedlichen Lebenssituationen von Studierenden anerkennen! Wir fordern einen leichteren Einstieg ins Studium durch berufliche Qualifikation, die Abschaffung der Studiengebühren für berufsbegleitende Studiengänge und einen offenen Umgang mit internationalen Studierenden. Studierende Eltern oder pflegende Angehörige brauchen finanzielle und logistische Unterstützung, um Elternzeit, Care-Arbeit und Studium unter einen Hut zu bekommen. Wir fordern ein Recht auf Teilzeitstudium.
- Die unterschiedlichen Bildungswege von Studierenden anerkennen! Wir fordern einen leichteren Einstieg ins Studium durch berufliche Qualifikation und die Abschaffung der Studiengebühren für berufsbegleitende Studiengänge.

Antidiskriminierende Strukturen verankern!

Für eine verantwortungsbewusste Forschung und Bildung muss in der Hochschule besondere Sensibilität in Bezug auf Antidiskriminierung herrschen. Wir schließen daraus diese Forderungen:

- Für Gleichstellung in der Wissenschaft! Deshalb fordern wir eine paritätische Besetzung der Hochschulgremien, eine Besetzung von Professuren und Doktorand*innenstellen im Kaskadenmodell* sowie verbindliche Gleichstellungskonzepte.
- Vertraulichkeit sicherstellen! Mitarbeitende in Gleichstellungsbüros brauchen eine Rechtsstellung als Ombudspersonen, um professionell und diskret arbeiten zu können.
- Diversität verankern! Ausschluss und Diskriminierung findet auch an Hochschulen auf struktureller Ebene statt. Durch Methoden wie ein Diversity-Impact-Assessment (DIA), das von einigen Hochschulen in den USA und Großbritannien sowie an der TU Berlin schon angewendet wird, sollen Strukturen, Prozesse und Maßnahmen systematisch auf Diskriminierung untersucht, reflektiert und antidiskriminatorisch angelegt werden.

Nachhaltigkeit an bayerische Hochschulen!

Die zahlreichen sozial-ökologischen Krisen dieser Zeit erfordern große Anstrengungen in allen Bereichen. Hochschulen können mit ihrer wissenschaftlichen Expertise Lösungsansätze erarbeiten. Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung müssen deshalb im Fokus der Hochschulen und ihrer Forschung stehen, die auch interdisziplinär angelegt sein muss. Dazu fordern wir:

- Die bayerischen Hochschulen müssen bis 2030 klimaneutral werden! Neben einer gesetzlichen Festschreibung braucht es ausreichende Gelder sowie CO₂eq-Minderungspfade.
- Die Ernennung eine*s Beauftragte*n für Nachhaltigkeit! Diese*r ist Teil der Hochschulleitung und wird an der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie und an der Erarbeitung eines einmal im Jahr erscheinenden und öffentlich zugänglichem Nachhaltigkeitsberichtes beteiligt.

- In Bezug auf die Vergabe von Forschungsmitteln oder Professuren muss Nachhaltigkeit als zentrales Kriterium berücksichtigt werden.
- Als Schnitt- und Koordinierungsstelle sollen dafür Green Offices an allen bayerischen Hochschulen eingerichtet werden.
- NC abschaffen! Dort, wo die Studienplätze besonders knapp und begehrt sind, machen finanzielle Mittel den entscheidenden Unterschied, ob das erwünschte Studium doch noch aufgenommen werden kann. Gerade bei Studiengängen, deren Absolvent*innen dringend gebraucht werden, wie bei Medizin oder Lehramt, braucht es mehr Studienplätze. Für die Studiengänge, in denen nicht ausreichend Kapazitäten für alle Bewerber*innen bereitgestellt werden können, soll es ein Auswahlverfahren geben, bei dem Eignung und Interesse ausschlaggebend für einen Hochschulzugang sind.

Gegen die Ökonomisierung der Hochschulen

Das bayerische Hochschulinnovationsgesetz ist unzureichend!

Hochschulen sind keine Unternehmen. Bildung und Forschung dürfen nicht wirtschaftlichen Profit-Zwängen unterliegen. Die geplante Reform des Hochschulgesetzes ist eine Bedrohung für die Lehre. Anstatt dem dringenden Reformbedarf gerecht zu werden, wird die Hochschule mit Wissenstransfer in die Wirtschaft und „Gründungsfreisemestern“ für Professor*innen durchökonomisiert. Durch reine Forschungsprofessuren und ein Gesamtlehrdeputat werden Interessenskonflikte riskiert und die Lehre noch mehr auf den akademischen Mittelbau abgewälzt. Dies gefährdet sowohl die Qualität der Lehre als auch nicht direkt verwertbare Forschung. Wir sagen deshalb:

- Her mit der Knete! Hochschulen brauchen eine stabile und ausreichende Grundfinanzierung, um gute Beschäftigungsbedingungen für ausreichendes Personal zu schaffen und wissenschaftliche Freiheit sicherzustellen. Es braucht Geld für Lehrmittel, Räumlichkeiten und die Instandhaltung der Universitätsgebäude, um die Qualität der Lehre zu sichern.
- Gute Hochschulen für alle statt Leuchtturmprojekte! Alle Hochschulen brauchen eine stabile und ausreichende Grundfinanzierung, um flächendeckend hochwertige Bildung, die Existenz von Grundlagenforschung und kleineren Studiengängen sowie von Drittmitteln unabhängige Forschung sicherzustellen.

- **Fairen Lohn!** Für Promovierende muss es eine angemessene und auskömmliche Bezahlung geben, die sich an dem realistischen zeitlichen Aufwand für Lehr- und Forschungstätigkeiten orientiert. Nach der Promotion soll eine unbefristete Beschäftigung der Normalfall werden. Wir unterstützen die Initiative „TV Stud“, die sich für Tarifverträge für studentische Beschäftigte einsetzt.
- **Wissenschaft für alle!** Viele Forschungsergebnisse bleiben intern, um sich einen Vorteil auf dem Markt zu verschaffen. Wir wollen, dass mindestens Ergebnisse, die durch Steuern finanziert werden, auch allen zugänglich sind. Deshalb fordern wir: eine Open-Access-Zweitveröffentlichung für Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Mitteln erlangt wurden.

Auch besteht weiterhin ein eklatantes Demokratiedefizit – im HIG ist keine echte Mitbestimmung für Studierende vorgesehen. Es ist zwar ein „Landesstudierendenrat“ mit Anhörungs- und Informationsrecht gegenüber dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im HIG verankert, allerdings mit viel zu wenigen Rechten. Besonders die Studierendenvertretungen an den Hochschulen wird nur eine geringe Autonomie zugesprochen, da auch ihre inneren Angelegenheiten in der Grundordnung der jeweiligen Hochschule, bei der sie nur eine geringe Mitsprache haben, festgeschrieben sind. Daraus resultieren unsere Forderungen:

- **Eine Einführung der verfassten Studierendenschaft als Körperschaft öffentlichen Rechts!** Diese benötigt ein von den Universitäten oder dem Freistaat eigenständig zu verwaltendes Budget, zu Verfügung gestellte Infrastruktur, Vertragshoheit, Satzungshoheit, Beitragshoheit und ein hochschul- und allgemeinpolitisches Mandat.
- **Die Einführung eines Rede- und Antragsrechts im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst für den Landesstudierendenrat!**
- **Faire Repräsentation!** In allen Gremien braucht es eine viertelparitätische Repräsentation der Statusgruppen, also Professor*innen, Studierenden, wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Mitarbeiter*innen aus Technik und Verwaltung. Auszubildende sollen in letzterer Gruppe ein Stimmrecht haben. Die Repräsentation von Promovierenden muss gewährleistet werden. Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen soll berücksichtigt werden, indem abweichend von der generellen Regelung in festgelegten Bereichen eine Mehrheit der Professor*innen sichergestellt wird. Für die Beteiligung in Gremien muss es Nachteilsausgleiche geben, beispielsweise in Form der Verlängerung der Regelstudienzeit für gewählte Studierendenvertreter*innen.

- **Unabhängige Kontrolle!** Unternehmerische Aktivität von Hochschulen darf nicht zu Interessenkonflikten oder der Vernachlässigung von Lehre und Forschung führen. Deshalb soll diese von einem aus allen Statusgruppen besetzten Gremium kontrolliert werden. Transfer in und Kooperation mit Unternehmen muss transparent gestaltet und ebenfalls kontrolliert werden.

Gesellschaftliche Verantwortung

Autonome und verantwortungsbewusste Forschung und Bildung brauchen nicht nur Geld, sondern auch Strukturen, die sich für Demokratie und gegen Diskriminierung einsetzen. Wir schließen daraus diese Forderungen:

- **Die Wiedereinführung der selbstverwalteten Studierendenschaft!** Nur eine starke Vertretung der Studierenden mit klaren Kompetenzen, die auch Verträge schließen kann, kann sich spürbar für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen und im Interesse der Studierenden verhandeln.
- **Wissenschaft braucht Beteiligung und Vielfalt!** Deshalb fordern wir eine paritätische Besetzung der Hochschulgremien, eine Besetzung von Professuren und Doktorand*innenstellen im Kaskadenmodell*, die Stärkung und den Ausbau von Antidiskriminierungsstellen, verbindliche Gleichstellungskonzepte und endlich die Umsetzung der Barrierefreiheit an Hochschulen.

Hochschulen können einen großen wissenschaftlichen Beitrag für Lösungen der sozial-ökologischen Krisen liefern. Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung müssen deshalb im Fokus der Hochschulen und ihrer Forschung stehen.

* Im Kaskadenmodell ergeben sich die Ziele für den Frauenanteil einer jeden wissenschaftlichen Karrierestufe durch den Anteil der Frauen auf der direkt darunter liegenden Qualifizierungsstufe.